

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Preisbezug wöchentlich. Nachbezug vorbehalten. Erscheint wochentags Mitttags. Einzelnummer 125 000 000 M., Sonnabends 200 000 000 M. Postschonung: Von Leipzig Nr. 16 564. Geschäftsstelle: Kälberstraße 4; Zweigstelle: Gothastraße 38. Für unregelmäßige Zustellungen wird f. Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spetz. Millim. Saßraum 20 M und der Schlußsaß 12 000 000. Die lauf. Bezugsquittung wird dem Besteller auf H. Angeben bei deren Aufgabe mit 2 000 000 M. in Zahlung genommen. Zifferged. 70 Mill. M. Porto selbst. Alle Briefe freibleibend. Anzeigenkass. dormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sonderart. — Fernsprecher Nr. 100.

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Baly

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 251

Donnerstag, den 25. Oktober 1923.

163. Jahrgang.

### Keine Loslösung der Pfalz.

#### Der jeanpottische Antrag abgelehnt.

Speyer, 25. Oktober. Auf dem gestern abend abgehaltenen Ausschuss der Pfalz stellte der Vertreter der Rheinland-Kommision Major Louis den Antrag, in Anbetracht der unruhigen und gefährlichen Lage in Bayern aus der Pfalz nunmehr sofort einen autonomen Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Einwirkung der Ereignisse zu bilden. Der Antrag wurde von allen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten einstimmig abgelehnt.

Die Vorgeschichte des Verrats.

Der „jeanpottische Antrag“ zufolge nahm in der Sitzung des Kreistages der Pfalz am 11. Oktober 1923, nach dem Abwande des stellvertretenden Präsidenten der Vertreter der Rheinland-Kommision, Major Louis, das Wort zu folgender Erklärung:

„In Anbetracht, daß die Zustände nicht an anderen können, ohne schließlich die allernotwendigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, und in Anbetracht ferner der höchst beunruhigenden und gefährlichen Lage in Bayern, ist von heute an die Pfalz als autonomer Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet worden. Dieser autonome Staat verpflichtet sich feierlich gegenüber der hohen Interalliierten Kommission zur Erfüllung gewisser Verpflichtungen, die zur Erlangung der gesamten Reparationen und zur Sicherung Frankreichs erforderlich sind.“

#### S. P. D.-Führer bei General de Meß.

Der Vorsitzende des Kreistages, erwiderte darauf dem Vertreter der Rheinland-Kommision, daß er heute nachmittag um 4 Uhr dem General die Auffassung des Kreistages übermitteln werde, und erklärte weiter:

Der Autonomiebeschluss ist durch Verhandlungen zustande gekommen, die der Bürgermeier Kleesof, zweiter Bürger-

meister von Ludwigshafen, Rechtsanwalt Wagner und der frühere bayerische Ministerpräsident Hofmann-Kaiserslautern, altes Führer der Sozialdemokraten, mit dem General de Meß geführt haben. Ich glaube, daß Sie alle hierfür sehr dankbar sein werden, und ich sage vor, die Sitzung zu unterbrechen, um den Parteien Gelegenheit zur Beratung zu geben.“

#### „Wir brauchen keinen Pulsch, wir machen die Sache auf legalem Wege.“

Wie uns von einem Kenner der Verhältnisse mitgeteilt wird, ist die Bewegung in der Pfalz keineswegs zu vergleichen mit dem Separatistentum, wie er in den Rheinlanden aufgeflickert ist. In der Pfalz wurde schon seit einiger Zeit unter Führung der Sozialdemokratie eine Bewegung propagiert mit dem Ziele der Loslösung von Bayern, wobei sie zunächst beim Reiche zu bleiben gedachten. Hierzu kam, daß der Ruf der Arbeiterpartei nach einem vereinsfähigen Zahlungsmittel sich infolge der durch die Besetzung von Bayern auswirkenden Wertung stark erhob, als in anderen deutschen Gebieten. Von den Führern der antibayerischen Strömung wurde dies geschickt benutzt, und die Franzosen ihrerseits bekundeten, daß eine autonome Pfalz in dem „Reich“ einen „Geldkollisions“-mitteilungen könne. Die sozialdemokratischen Führer griffen nun diese Idee auf und verhandelte, so daß vor einigen Tagen ein bekannter pfälzischer Parteigänger erklärte:

#### „Wir brauchen keinen Pulsch, wir machen die Sache auf legalem Wege.“

Der Vertreter der Rheinland-Kommision hätte sonst sicher auch nicht genügt. Der gestrigen Sitzung des Kreistages die Loslösung der Pfalz zu proklamieren, wenn nicht die Führer der Unparteiischen schon vorher mit General de Meß verhandelt und mit ihm wahrscheinlich die gestrige Erklärung dem Sinne nach festgelegt hätten.

mit Vertretern der politischen Parteien der Rheinlande und der Aufgabebereite der Finanzverwaltung von Vertretern der wirtschaftlichen Organisationen zu führen.

Das Reichs-Kabinett hat heute mittag eine Beratung abgehalten, in der die allgemeinen Grundzüge der Politik des Reiches gegenüber den besetzten Gebieten und gegenüber der Entente noch einmal besprochen wurden. Einmalige Entscheidungen werden aber erst nach den Beratungen in Tagen gefaßt, und der Reichskanzler wird zusammen mit den ihm begleitenden Ministern morgen in Tagen in einer öffentlichen Versammlung die

endgültige Stellungnahme der Reichsregierung nach der Wiederaufnahme der Arbeit in den besetzten Gebieten bekanntgeben. Natürlich werden sich die Besprechungen auch auf die Sedatation an sich erstrecken, und der Reichskanzler wird endgültig mitteilen können, ob die Regierung noch an die Möglichkeit direkter Verhandlungen zwischen Berlin und Paris glaubt oder ob die gesamten wirtschaftlichen und sozialen Probleme der besetzten Gebiete nunmehr Verhandlungen zwischen den Besatzungsbehörden und Vertretern der besetzten Gebiete etwa in der Form liberalen Lieber sollen, wie das schon bei den Verhandlungen mit der Eisenbahngesellschaft ist.

#### Deutschland fordert Prüfung seiner Leistungsfähigkeit

Die Reichsregierung hat gleichzeitig an die Reparations-Kommision in Paris eine Note der deutschen Regierung übergeben, in der darauf hingewiesen wird, daß die deutsche Regierung am 23. Januar d. J. der Reparations-Kommision mitgeteilt habe, daß sie wegen der Aufhebung der Reparationsleistungen an die daran beteiligten Mächte eingewilligt und daß daraufhin die Reparations-Kommision alle früheren deutschen Anträge auf Neuregelung der Reparationsfrage als sinnlos bezeichnet und erklärt habe, daß unter diesen Umständen der Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 in Kraft bleibe. Unter Bezugnahme auf die Einstellung des passiven Widerstands stellt die Note erneut die grundsätzliche Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Wiederaufnahme der Leistungen aus dem Verfallener Vertrag fest. Sie weist darauf hin, daß die Entscheidung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland der deutschen Regierung, die bereits am 11. August d. J. ihre Unfähigkeit zu weiteren Zahlleistungen habe erklären lassen, tatsächlich die Möglichkeit genommen habe, die Finanzierung der Reparationen fortzusetzen oder wieder aufzunehmen. Die deutsche Regierung beste daher an die Mächte den Antrag, gemäß Artikel 234 des Versailles-Vertrages in eine Prüfung der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzutreten.

### Um die Zentralarbeitsgemeinschaft.

Der Reichstagsabgeordnete Thiel vom christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbund schreibt in der B. G. Z. zu diesem Thema:

Es erhebt sich die Frage: Sind die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, insbesondere die Zentralarbeitsgemeinschaft auf die kommenden Dinge und die Aufgaben des Tages besser vorbereitet als die Parteien? Leider kann diese Frage nicht bejaht werden. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat in den großen Fragen der letzten Zeit durchaus versagt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften sind zur Hälfte entscheidende Segner, zur anderen Hälfte aber nur lauwarme Anhänger des Arbeitsgemeinschaftsgedankens. Sie können aus ihrer Kampferfahrung, marxistischen Ideologie nicht heraus. Ihr Führer, Herr Lehmann, ist im Gegensatz zu Carl Legien kein Mann der Massen durchzusetzen weiß. Mit diesen Gewerkschaften wird daher von den Unternehmern mit einem gewissen Recht als Zersplitterung angesehen. Aber auch im Lager der Unternehmer selbst sieht es noch wenig danach aus, als ob man auf der ganzen Linie fähig wäre, in positiver Weise den Arbeitsgemeinschaftsgedanken und der deutschen Zukunft willen zu fördern. Die rein bürgerlichen Reichsregierungen Fehrenbach und Dr. Cuno beklagten sich schon darüber, daß sich ihnen keine Männer der Wirtschaft für die rein wirtschaftlichen Ministerien zur Verfügung gestellt hätten. Und vor wenigen Tagen noch sprach der letzte Reichskanzler Dr. Brüning sich ganz offen dahin aus, daß sich auch ihm die Männer der Wirtschaft verlag hätten. Innerhalb der verschiedenen Gruppen der Industrie, insbesondere zwischen der Schwerindustrie und der weiterverarbeitenden Industrie bestehen Meinungen, die nur mit Mühe und häufig ohne Erfolg den Willen des Außenstehenden vorbeugen werden können. Neben diese Zeichen der Schwäche der Unternehmerorganisationen trat in den letzten Tagen der Vorstoß des rheinisch-westfälischen Bundesverbandes gegen den Arbeitsgemeinschaftsgedanken. Ist angesichts der geschilderten Zustände der Glaube an den Arbeitsgemeinschaftsgedanken noch berechtigt? Wäre es nicht besser, den einschlägigen Fragen zu empfinden? Die Abgeordneten Simmes und Beyer, die im Jahre 1918 zu den eifrigsten Förderern der Arbeitsgemeinschaft gehörten, betonten in einer Unterredung, daß dieser Vorstoß keine grundsätzliche Veränderung in ihrer Stellung zu dem Arbeitsgemeinschaftsgedanken bedeute. Vielmehr begründen sie ihren Schritt damit, daß auf Arbeitnehmerseite alle Diskussionen über die Arbeitszeitsfrage, nämlich wie schriftlich, insbesondere von sozialdemokratischer Seite, so behandelt worden wäre, daß man sich von einer Verhandlung über diesen Gegenstand irgendwelchen Nutzen nicht hätte versprechen können. Wenn sich es nicht leicht fällt, der Behauptung von der Verbindlichkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu widerprechen, so ist doch mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß die Verbände des (christlich-nationalen) Deutschen Gewerkschaftsbundes sich noch niemals der Einsicht in wirtschaftliche und nationale Notwendigkeiten verschlossen haben. Die Begründung des bergbaurischen Vereins für sein Vorgehen in formeller Hinsicht kann daher nicht als inhaltlich angesehen werden.

Eine Folge der falschen Solidarität war, daß die bedeutungsvolle Frage der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer an den Produktionsmitteln, die ich bei den verschiedenen Anlässen in der Zentralarbeitsgemeinschaft erwähnte, dort niemals einer sachlichen Ausprache zu unterziehen möglich war, weil die Sozialdemokratie sich programmatisch diesen Gedanken entgegensetzte. Wenn in dieser Frage zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern eine Verständigung erzielt würde, dann wäre eine völlig veränderte Frontstellung der Arbeitnehmerhaft in sozialpolitischer Hinsicht begründet. So rechtfertigt es sich denn, noch einmal vor aller Öffentlichkeit an die breiten Kreise des deutschen Unternehmertums, die den Arbeitsgemeinschaftsgedanken aufrecht zu setzen, die Frage zu richten, ob sie nicht endlich ihrer theoretischen Einstellung auch Taten folgen lassen wollen. Würden sie dazu bereit sein und würde es sich zeigen, daß der marxistischen Theorie nicht nur die Theorie nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis einer fruchtbareren Arbeitsgemeinschaft gegenübergestellt werden kann, dann würden die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf die Dauer mit ihrer äußeren und inneren Zersplittertheit das Feld nicht mehr behaupten können. Die Stunde wäre gekommen, wo durch ein wirkliches vertrauensvolles Zusammenarbeiten der deutschen Arbeitnehmerhaft und des verständigen Teiles des Unternehmertums in der Wirtschaft auf der Neubau unseres politischen und sozialen Lebens kräftig gefördert würde.“

### General Smuts gegen Frankreich.

Paris 24. Oktober. General Smuts hielt vor dem Südafrikanischen Klub in London in Gegenwart der Ministerpräsidenten eine Rede. Zumindest eine Rede. Darin kündigte er eine große internationale Konferenz zur Lösung der Reparationsprobleme an, an der die Dominions und Amerika vertreten sein würden. Verhandlungen dazu seien bereits im Gange. Keine an Reparationsproblemen interessierte Macht würde die Teilnahme ablehnen, sollte dies doch der Fall sein, so würden die anderen Mächte sich dadurch nicht abhalten. Die Rede Smuts ist von größter Bedeutung. So schärft sie er, ging nicht einmal Lloyd George mit den Franzosen ins Gericht. Smuts sagte, die Franzosen hätten die schwarzen Hornen von Afrika in den Dienst ihres Militarismus gestellt. Sie seien fast 100, an dem wirtschaftlichen Chaos in Europa. Sie seien von einer militärischen Sphäre besessen.

Die Friedensverträge müssen revidiert werden. Weder in die Reparations-Kommision, noch in den Völkerbund könne man Vertrauen haben. Die deutsche Reparations-Kommision müßte beträchtlich herabgesetzt werden. Deutschland müßte ein Moratorium für zwei Jahre erhalten, bevor es überhaupt etwas bezahle. Mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen und politischen Einseitigkeit des Deutschen Reiches werde man die Auslastung auf Reparationsleistungen der Reparationsfrage alle Wege.

#### Das Echo der Smuts'schen Rede.

London, 24. Oktober. Die großen Mächte geben die Rede Smuts im Wortlaut wieder, andere bringen längere Auszüge, abgesehen von der „Daily Mail“, der natürlich eine längere Zusammenfassung genügt. Die Rede erweckt die Reaktion zu spät für eine Besprechung. Die Rede erregt um so größeren Aufsehen, als niemand glaubt, Smuts hätte ohne Willen Baldwin gesprochen. Die „Morningpost“ wiederholt das Grundgedanke der Rede, daß ohne engliche Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich nichts zu machen sei. Amerika werde an keiner Konferenz teilnehmen, wo sich England und Frankreich gegenübersehen.

#### Das Schicksal des Westens.

##### Bedenkliche Besprechungen in Gen.

Berlin, 24. Oktober. Der Reichskanzler, der Reichsminister für die besetzten Gebiete, der Reichsinnenminister und der preussische Ministerpräsident begeben sich heute abend um 10 Uhr nach Gagen, um dort morgen Besprechungen





